

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 238.

Samstag, 9. Dezember 1922.

29. Jahrgang.

Tatsachen.

Die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien.

Berlin, 8. Dezember.

SPD. Zur Beurteilung der neuesten Steuergesetzgebung unter der Regierung Cuno, wie sie in den Beschlüssen des Steueraussschusses des Reichstages vom Donnerstag zum Ausdruck kommt, unterbreiten wir unseren Lesern folgende Tatsachen und Zahlen, die sich für sich selber sprechen:

1. Die fortschreitende Geldentwertung bedeutet eine ständig wachsende steuerliche Belastung der Lohn- und Gehaltsempfänger, auf der anderen Seite aber eine geradezu ungeheuerliche Entlastung der Besitzenden. Zum Beweis dafür folgende Zahlen:

Ein gutbezahlter kaufmännischer Angestellter in der Berliner Industrie, der verheiratet ist und zwei Kinder hat, bezog im Januar 1922 2800 Mark Gehalt. Der Steuerabzug betrug dafür 135 Mark. Das waren 4,8 Proz. des Gehalts. Infolge der Geldentwertung war sein Gehalt im Dezember auf 88 840 Mkt. gestiegen. Davon betrug der Steuerabzug 8535 Mkt. Das sind 9,6 Prozent. Mit anderen Worten: Infolge der Geldentwertung hat sich seine steuerliche Belastung verdoppelt.

Im Vergleich dazu betrachten wir die Verhältnisse eines Gewerbetreibenden, der im Jahre 1922 auf ein Gesamteinkommen von einer Million Mark kommt. Es wird vorausgesetzt, daß sich sein Einkommen von 1921 zu dem Einkommen von 1922 verhält wie das Januar-Gehalt des Angestellten zu seinem Gesamteinkommen für 1922. Danach würde sein Einkommen für 1921 auf 122 000 Mark zu berechnen sein. Er hat im Laufe des Jahres 1922 in vier Terminen Vorauszahlung auf die Einkommensteuer von 1922 entrichtet auf Grund seiner Steuererklärung für 1921. Dies vier Raten betragen zusammen 13 300 Mark, während der Angestellte, der im ganzen Jahre 1922 nur auf ein Gehalt von insgesamt 278 975 Mark gekommen ist, im selben Jahre 1922 24 733 Mark Steuern bezahlt hat. Wie der Gewerbetreibende durch die Geldentwertung in seiner Steuerzahlung begünstigt wird, geht weiter daraus hervor, daß er seine erste Rate im Februar 1922 mit 16,5 Dollar begleichen mußte, für die Begleichung seiner letzten Rate aber nur noch 0,4 Dollar gebrauchte.

Infolge der Geldentwertung ist der Anteil der Lohnsteuer am Gesamtaufkommen der Einkommensteuer beständig gestiegen. Im Jahre 1920 betrug er nach den Angaben des Finanzministeriums ein Fünftel, im Jahre 1921 ein Drittel des Gesamtaufkommens. Für die letzten Monate des Jahres 1922 gibt das Finanzministerium folgende Zahlen an: Für August 50,9 Proz., für September 58,9 Proz., für Oktober 67 Prozent. Aber diese Zahlen enthalten noch starke Ungenauigkeiten. In den Angaben von den Veranlagungspflichtigen sind rückständige Steuerleistungen aus den Jahren 1920 und 1921 enthalten; sie sind also zu hoch. In den Zahlen für die Lohnsteuer sind aber nicht alle tatsächlichen Leistungen der Arbeitnehmer enthalten, da viele Betriebe die Steuerbehörde monatlich zurückgehalten und oft nur vierteljährlich mit den Finanzämtern verrechnen. Die Angaben für den Lohnabzug sind also zu niedrig. Deshalb kann man ohne Übertreibung sagen, daß im Monat Dezember etwa neun Zehntel des Gesamtaufkommens der Einkommensteuer von den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebracht wird.

2. Die Beschlüsse des Steueraussschusses haben diese Begünstigung weiter verschärft. Die Novelle zum Einkommensteuergesetz hat in Verbindung mit der Neuregelung der Abzüge eine Abänderung des Einkommensteuertarifs vorgenommen, der eine weitere Begünstigung der Veranlagungspflichtigen darstellt. In dieser Verbindung liegt bereits eine große soziale Ungerechtigkeit. Die Tarifermäßigungen treten nämlich rückwirkend in Kraft, d. h. sie gelten für die Steuerjahre, die für das Jahr 1922 vor dem Veranlagungspflichtigen noch nachträglich zu entrichten ist. Die höheren Abzüge der Lohn- und Gehaltsempfänger aber werden erst im Jahre 1923 wirksam; sie sind nicht rückwirkend.

Wie stark die Ermäßigung der Tarife ist und wie sie auf die Veranlagungspflichtigen wirkt, zeigt die nachfolgende Tabelle:

Einkommen 1922	Steuerleistung nach dem Beschlüsse des Tarif v. Dez. 1921	Steuerleistung nach dem Beschlüsse des Ausschusses	Differenz
100 000 M.	205 000 M.	75 000 M.	130 500 M.
1 000 000	893 500	155 000	250 500
1 500 000	1 350 500	279 000	556 500
2 000 000	1 810 500	430 000	850 500
3 000 000	2 710 500	604 000	1 206 500
4 000 000	3 610 500	824 000	1 616 500
5 000 000	4 510 500	1 100 000	2 010 500

Zur Erläuterung folgendes: Wir haben dieser Tabelle den Einkommensteuertarif zugrunde gelegt, wie er im Dezember 1921 beschlossen wurde und bis zum Juli 1922 gültig war. Mit diesem Tarif waren von Januar 1922 bis zum 1. August 1922 die ebenfalls im Dezember 1921 beschlossenen Steuerabzüge für Lohn- und Gehaltsempfänger in Kraft. Auf Grund dieser Gesetzgebung von 1921 haben die Lohn- und Gehaltsempfänger bis zum 1. August dieses Jahres ihre Steuern bezahlt. Die Veranlagungspflichtigen haben ihre Steuervorauszahlung ebenfalls auf Grund des Tarifes von 1921 gemacht. Dieser Tarif ist also die einzig mögliche Vergleichsgrundlage, von der man bei der Bewertung der jetzigen Gesetzgebung ausgehen kann. Im Juli des Jahres 1922

wurden die Steuerabzüge für Lohn- und Gehaltsempfänger und der Steuertarif abgeändert. Die Abänderung des Steuertarifs ist von praktischer Bedeutung überhaupt nicht gewesen, da der geänderte Tarif nur in sehr wenigen Fällen zur Anwendung gekommen ist.

Die Wirkung der jetzigen Abänderung des Tarifs wird weiter erläutert durch folgendes Beispiel: Der Veranlagungspflichtige mit einer Million Jahreseinkommen im Jahre 1922 hätte nach dem Tarif von 1921 385 500 Mark Steuern oder 38,5 Proz. seines Einkommens zu zahlen gehabt. Nach der Neuregelung zahlt er nur noch 155 000 Mkt. gleich 15,5 Proz. seines Einkommens. Diese Ermäßigung, die er durch die Neuregelung erhält, beträgt 23 Prozent seines Einkommens.

Der Berliner Angestellte hätte nach dem Tarif von 1921 40 650 Mkt. gleich 25,1 Proz. seines Einkommens zu zahlen. Er hat tatsächlich gezahlt 24 733 Mkt. Die Differenz infolge der Neuregelung beträgt bei ihm nur 16 Proz. seines Einkommens. Dazu kommt folgendes: Der Angestellte hat im Laufe des Jahres 1922 keine gesamte Steuerhuld mit 9,4 Prozent seines Einkommens bereits restlos beglichen. Der Veranlagungspflichtige mit einem Einkommen von einer Million Mark hat von seiner Steuerhuld im Jahre 1922 noch nicht den zehnten Teil, nur einen Betrag in Höhe von 1,3 Prozent seines Einkommens, bezahlt.

3. Diese Regelung der Einkommensteuerverhältnisse ist ein schreiendes soziales Unrecht. Sie bedeutet aber außerdem eine betrübliche Ermäßigung der Einkommensteuer der leistungsfähigen Schichten zum Nachteil der Reichsfinanzen. Wie groß der Einnahmeausfall ist, den das Reich durch diese Regelung erleidet, läßt sich ziffernmäßig nicht genau angeben. Eine neue Einkommensstatistik liegt nach dem Kriege nicht vor und ist angesichts der steigenden Geldentwertung auch fast unmöglich. Es läßt sich nur angeben, welche Ermäßigungen für ein Einzeleinkommen in einer bestimmten Einkommensklasse eintreten, wie wir es in unserer Tabelle unter 2. getan haben. Über schon eine solche Zusammenstellung läßt Schlüsse zu auf den Einnahmeausfall des Reiches.

Das Programm der Regierung Cuno sprach von schweren Opfern, vor denen die Leistungsfähigen nicht zurückweichen dürften. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache als die Worte der Regierungserklärung. Die bürgerlichen Parteien haben für die Leistungsfähigen die Einkommensteuer ermäßigt. Der Widerspruch zwischen Theorie und Praxis tritt in den von uns angeführten Zahlen und Tatsachen so klar zutage, daß jedes Wort der Kritik überflüssig ist.

Die Sühnenote übergeben.

SPD. Berlin, 8. Dezember.

Am Freitag mittag waren die Parteiführer von der Regierung zu einer Besprechung geladen, in der von der Antwort auf die Sühneforderungen der Entente und dem Verlangen nach Einrichtung eines militärischen Garantiekomitees Kenntnis gegeben werden sollte. Die Regierung konnte ihrer Absicht jedoch nicht voll nachkommen, da z. B. der endgültige Text der Note über die Sühneforderungen noch nicht formuliert war. Das ist auf neue Rückfragen an die hiesige Regierung zurückzuführen, die insbesondere den häßlichsten Berichten über den Vorfall in oder bei Ingolstadt — was nun eigentlich richtig ist, wissen wir bis heute noch nicht — golt. Zeit steht jedoch, daß die Reichsregierung die geforderte moralische und finanzielle Gerugung für Bayern leisten wird. Von dem Inhalt der Note über die Einrichtung eines Militär-Garantiekomitees wurde den Parteiführern ebenfalls wenig Kenntnis gegeben, wie über die neuen Reparationspläne des Reichsstatistik.

Die Noten werden am Freitag abend nach Paris durch Kurier übermittelt und am Montag veröffentlicht.

Dollar 7500—7600.

Geldknappheit. — Devisenverkäufe. — Verluste.

Die sich immer mehr verschärfende Geldknappheit übernimmt auch einen starken Einfluß auf das Börsengeschäft aus. Ebenso wie der Warenhandel benötigt die zur Beschaffung flüssiger Mittel größere Mengen Waren auf den Markt zu werfen, sehen sich Handel und Industrie gezwungen, Devisenverkäufe vorzunehmen, um sich die nötige Liquidität zu sichern. Das Angebot aus diesen Kreisen drückt merklich auf den Markt. Es kommt hinzu, daß angesichts des deutschen Reparationsvorschlages wenig Neizuma in Devisenmärkten besteht. Der Dollar wurde mit 7500 bis 7600 bei kleinen Umsätzen gehandelt. Noch stärker als am Devisenmarkt tritt der Stimmungsumschwung an der Effektenbörse in die Erscheinung. Heute bedeuten sich bald nach Beendigung der offiziellen Börse die Markttaseln mit Minus-Minus-Zeichen, die eine starke Kursreduktion erwarten lassen. Die Börsenpekulation, die schon seit einigen Tagen ihre Engagements abgebaut, ist augenblicklich auf Grund der ermäßigten Kurse noch fest gefesselt. Innerhalb kommt aber aus der Provinz ein ziemlich betrübliches Angebot heraus, das vorläufig nur zögernd aufgenommen wird. Das spekulierende Publikum dürfte heute erhebliche Verluste zu buchen haben. Besonders stark rückgängig waren die in letzter Zeit sprunghaft gestiegenen Montanwerte und verschiedene Aktien der chemischen Industrie.

Dollar 8250.

Der rechte Weg!

Dr. L. Lübeck, 9. Dezember.

In unserer Partei wird zurzeit eine Frage vielfach erörtert: War es richtig, daß unsere Reichstagsfraktion aus der Reihe der Regierungsparteien ausgeschieden, daß sie zur Opposition übergegangen ist?

Sofort hinter diese Frage hängt sich eine zweite an: Ist die Abneigung der Sozialdemokraten gegen die große Koalition berechtigt?

Von zwei völlig verschiedenen Gesichtspunkten aus können diese Fragen beurteilt werden. Je nach der verschiedenen Einstellung fallen auch die Antworten aus.

Die einen sagen: Wir müssen unter allen Umständen dabei sein; wir müssen in der Regierung sitzen, um Schlimmes möglichst verhindern zu können; um doch da oder dort einen kleinen Vorteil für uns herauszuhandeln zu können.

Die anderen sagen: Wir müssen mehr an unser großes Ziel, an die Verteidigung der Revolution denken. Mit dem fortwährenden Kompromiß haben wir uns Stück um Stück abhandeln lassen; sind wir Schritt für Schritt zurückgewichen; haben wir Opfer gebracht, die in keinem Verhältnis zu den Erfolgen stehen. Und wenn wir jetzt gar diese Kompromisse auf die Volkspartei ausdehnen, so bedeutet das naturgemäß ein neues Zurückweichen.

Beide Meinungen werden in der Partei mit Leidenschaft vertreten. Die erste Meinung hat neuerdings einen geschickten Verfechter bekommen in dem bekannten Frankfurter Prof. Dr. Sinzheimer. Die zweite aber wird hauptsächlich von ehemaligen Unabhängigen, wie Breitscheid oder auch von Hermann Müller und Scheidemann vertreten.

Wir haben vor einigen Tagen in einem Aufsatz „Gegenrevolution“ zu dem ganzen Koalitionsproblem Stellung genommen. Und unter damaliger Grundpunkt gibt die beste Antwort auf die oben gestellten Fragen. Die Frage ob Regierungs- oder Koalitionspolitik ist nicht allgemein zu entscheiden; ihre Antwort hängt ab von der Phase, in der Revolution und Gegenrevolution miteinander kämpfen.

In den ersten Jahren nach gescheiterten Revolutionen sind die Regierungen entweder revolutionär eingestellt; oder sie stehen doch wenigstens noch stark unter revolutionären Einflüssen. Mit der Zeit verschwindet das, die gegenrevolutionären Kräfte werden freier und sie bekommen leicht Oberwasser. Und dann kann der Umschlag kommen; die Revolution wird in die Verteidigung gedrängt.

Die Tatsache, daß die bürgerlich-republikanischen Parteien den Eintritt einer monarchistischen Partei in die Regierung verlangen, beweist, daß der erste Abschnitt des revolutionären Auftriebs abgeschlossen ist; daß die Verteidigung begonnen hat.

In dieser Verteidigung haben darf die Sozialdemokratie unter keinen Umständen mit gebundenen Händen, das heißt in einer Koalition, kämpfen. Denn jetzt geht es um Grundfragen!

Deshalb: so richtig bis vor kurzer Zeit eine weitgehende Koalitionspolitik war, so falsch wäre sie jetzt.

Es gibt ein Wort von dem Franzosen Talleyrand: der Zeitpunkt der Waise ist selten ganz richtig; nie aber ist er ganz falsch!

Und instinktiv fühlten die Arbeitermassen seit Wochen, daß die Grenze der Koalitionspolitik erreicht ist; daß die Sozialdemokratie in Opposition treten muß; daß sie in der Opposition neue Kraft sammeln muß, um zu geeigneter Zeit aufs neue zur Offensive überzugehen. Um damit eine neue Entwicklungslinie auf dem Wege zur wirklichen demokratischen Republik zu betreten; und gleichzeitig einen Sprung vorwärts zu machen in Richtung auf den Sozialismus.

Von dieser höheren Warte aus gesehen, ergibt sich die klare und unzweideutige Richtigkeit der sozialdemokratischen Reichspolitik. Wer um den einen oder anderen kleinen Vorteil das große Ziel der Revolution aus den Augen verliert, der handelt wie Chau, der in seinem großen Hunger sich ein wohlwollendes Linsengericht verdient, dafür aber seine Erstgeburt hingab. Chau hatte nicht warten gelernt!

Zugeben sei, daß die von uns gezeichnete politische Linie durch außenpolitische Einflüsse oft gestört wird, und daß von dieser Seite Zwangslagen eintreten können, die alles auf den Kopf stellen und zu ganz neuen Entschlüssen zwingen können.

Keine deutschen Vorschläge vor der Londoner Konferenz.

III. Berlin, 9. Dezember.

Es wird nunmehr von gut unterrichteter Seite bestimmt versichert, daß die deutsche Regierung nicht beabsichtigt, noch vor der Londoner Konferenz mit neuen deutschen Vorschlägen zur Reparationsfrage hervorzutreten.

Durchkreuzung der Reichspolitik?

Eine Meldung, die offenbar nicht ganz unbeflügelt von der Reichsregierung ist, besagt, das Gesamtkabinett sei sich über das Reparationsprogramm noch keineswegs im Klaren. Es habe als solches noch gar nicht zu der Frage Stellung genommen. Die Entwürfe, von denen in letzter Zeit die Rede gewesen sei, stammten aus einem engeren Kreise innerhalb des Kabinetts. Diese Meldung ist sehr interessant. Es ist bekannt, daß die Bestrebungen, an die Entente mit einem positiven und möglichst fest umrissenen Vorschlag zur Regelung der Reparationsfrage heranzutreten, von dem jetzigen Reichsfinanzminister Dr. Herms ausgehen. Es hat fast den Anschein, als verfolge die angelegene Meldung den Zweck, Herrn Dr. Herms innerhalb des Kabinetts zu isolieren. Mindestens wäre es zu wissen, von welcher Stelle die Querschnittsbereitungen ausgehen. Oder handelt es sich um mehr als das? Sollte der Gegenstand im Kabinett Cuno so stark geworden sein, daß man sich genötigt sieht, eine verleierte Flucht in die Defensivität zu ergreifen? Vielleicht ist es kein Zufall, wenn zu gleicher Zeit in dem Organ des Herrn Stinnes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, unter der Überschrift „Die anachronischen deutschen Vorschläge“ an sehr auffälliger Stelle eine Notiz folgenden Inhalts erscheint:

„Unter Hinweis auf das Stimmes-Liberale-Abkommen wird im „Aktuelle-Wochenblatt“ — in einer Darstellung, die offenbar inspiriert erschien — behauptet, daß Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Industrie im Gange seien, parallel und in Unterstützung der Kabinettspolitik in der Reparationsfrage.“

Diese Kabinettspolitik soll bestehen in dem Angebot einer inneren und äußeren Geldentlastung.

Nach einerseitsen Erfindungen ist die Nachricht falsch. Auf dieser Grundlage haben von industrieller Seite nie Verhandlungen stattgefunden, konnten auch gar nicht stattfinden, da diesen Kreisen von solchen Mäßen nichts bekannt war.“

Das läßt vermuten, daß Widersprüche von schwerindustrieller Seite gegenüber den Absichten der Regierung in Vorbereitung sind! Für Herrn Cuno wird es nicht leicht sein, durch diese Gegensätze hindurchzukommen.

Aber die Zeit eilt. Heute treten die Ententeminister in der Londoner Vorbereitungs-Kommission, die wahrscheinlich entscheidend sein wird, als die Konferenz in Brüssel, deren Zielkommen in von dieser Vorbereitung abhängt. Es liegt sehr nahe, dieser Konferenz Vorschläge vorzulegen, um etwaigen Interessenten auf dem Rheinland und Ruhrgebiet von vornherein die Spitze abzubrechen. In der französischen Presse ist das Thema bereits wieder aufgetaucht worden. Die Reichsregierung dagegen hält sich in Zurückhaltung. Sie möchte der Vorbereitungs-Kommission am liebsten nichts mitteilen über die Reparationsfrage mitteilen. Sollte also die deutsche Seite behaupten, wenn sie davon nichts, es sei nicht daran zu denken, daß die Reichsregierung mit der Reparationsfrage noch während der Londoner Vorbereitungs-Konferenz heranzutreten werde, und wenn das der Fall ist, wenn nicht, ist dann eine solche Forderung heranzutreten? Wartet sie etwa auf die offizielle Mitteilung der Entente in Form eines Ultimatum, oder auf die von der deutschen Industrie heranzutreten? Die Situation erinnert sehr an die, die im März 1922 bei der Verhandlung zwischen dem Reich und Frankreich über die Reparationsfrage vorlag, das Deutschland diesmal dem Frankreich Vorschläge gegenüberstellt, die nicht länger warten kann.

Die Schieferung an die Entente.

Unter der Reparationsfrage verstanden, die auf Grund des Versailler Vertrages auf der deutschen Wirtschaft lasten, werden neben den Sachleistungen die Geldentlastungen der Reparationskommissionen, die auf der deutschen Seite an der Entente zu leisten sind, zu verstehen sein. Das hat schon schon oft die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft in der letzten Zeit in der deutschen Presse hervorgehoben. Die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft sind in der letzten Zeit in der deutschen Presse hervorgehoben. Die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft sind in der letzten Zeit in der deutschen Presse hervorgehoben.

Die Entente hat folgende Leistungen an die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft zu leisten: 1. 100.000 Tellerentlastungen, für Belgien 1.000.000 Tellerentlastungen, für Frankreich 1.000.000 Tellerentlastungen, für Italien 1.000.000 Tellerentlastungen, für Japan 1.000.000 Tellerentlastungen, für die USA 1.000.000 Tellerentlastungen, für die Entente 1.000.000 Tellerentlastungen.

Die Arbeitsleistung sinkt!

Von Erich Schütz.

Die Arbeitsleistung sinkt. Die Grundbedingung für den Wohlstand der deutschen Wirtschaft ist die normale Produktion. Nur wenn das deutsche Volk mehr noch als bisher arbeitet, kann es über die letzten Jahre hinaus kommen. Wird nicht mehr gearbeitet, dann stehen wir am Abgrund.

So aber ähnlich haben wir's morgens auf dem Wege zur Arbeit in der Zeitung gelesen. Und es Gelächere blüht in uns auf, wenn wir unter „Brot und Butter“ unsere Wirtschaft verstehen. Ein Lächeln nicht bei uns, aber heute wollen wir zeigen, daß wir uns nicht unterliegen lassen, wollen mit echtem Fleiß und großer Ausdauer mehr noch als unter Lasten arbeiten.

Nicht nur, um uns in den Augen anderer Doppelgänger in ein gutes Licht zu setzen. Aus dieser unruhigen Überzeugung zum Schenken des Wohlstandes.

Da wir uns nicht in der Arbeit. Ein gutes Bild haben wir uns schon in der Zeitung gesehen. Und es Gelächere blüht in uns auf, wenn wir unter „Brot und Butter“ unsere Wirtschaft verstehen. Ein Lächeln nicht bei uns, aber heute wollen wir zeigen, daß wir uns nicht unterliegen lassen, wollen mit echtem Fleiß und großer Ausdauer mehr noch als unter Lasten arbeiten.

Das ist nicht nur ein Bild, sondern es ist ein Bild, das wir uns schon in der Zeitung gesehen. Und es Gelächere blüht in uns auf, wenn wir unter „Brot und Butter“ unsere Wirtschaft verstehen. Ein Lächeln nicht bei uns, aber heute wollen wir zeigen, daß wir uns nicht unterliegen lassen, wollen mit echtem Fleiß und großer Ausdauer mehr noch als unter Lasten arbeiten.

zung von 10 000 Abm. Schnittholz durchzuführen suchen. Insgesamt sind damit 1,7 Millionen Festmeter Holz für das laufende Jahr angekauft worden. Bei den Verhandlungen, die seit einiger Zeit in Paris über die Holzlieferungen laufen, hatte Deutschland den Vorschlag unterbreitet, den Ablieferungsstermin für das Jahr 1922 um drei Monate, also bis zum 31. März 1923, hinauszuschieben; man hofft, bis zu diesem Termin den größten Teil des deutschen Angebotes abliefern zu können. Bis jetzt ist allerdings weder über den Ablieferungsstermin noch über die für Deutschland hochwichtige Frage der Preisberechnung eine endgültige Regelung erzielt worden. Die Reparationskommission ist nämlich nicht nur im allgemeinen mit der Anrechnung der von Deutschland gelieferten Sachwerte auf Reparationskonto sehr weit im Rückstand; vielmehr sind die Preise, die die Reparationskommission bisher für die deutschen Holzlieferungen in Anrechnung gebracht hat, erheblich zurückgeblieben hinter den deutschen Inlandspreis, die weit über Weltmarktpreis stehen.

Ohne Rücksicht darauf, daß die Holzlieferungen für 1922 noch lange nicht durchgeführt sind, hat die Reparationskommission jetzt bereits für das Jahr 1923 insgesamt 6,5 Millionen Festmeter Holz angefordert. Auf die deutschen Vorstellungen hin hat sie sich allerdings veranlaßt gesehen, ihre Forderungen für das nächste Jahr zunächst auf 4,8 Millionen Festmeter zu ermäßigen. Als höchste Leistungsfähigkeit für 1923 rechnet man jedoch in Deutschland nur 1,44 Millionen Festmeter. Diese Menge hält man indes auch nur technisch durchführbar, finanziell dürfte diese Leistung für Deutschland schließlich untragbar sein, denn, nach dem heutigen Kurs berechnet, kommen die 1,44 Millionen Festmeter einer Summe von 200 Milliarden Papiermark gleich. Die Anforderungen der Reparationskommission von 4,8 Millionen Festmeter würde die Reichsfinanzungen sogar bis 800 Milliarden Papiermark von heute belasten.

So ist und bleibt es ganz undenkbar, daß Deutschland den Lieferungsverpflichtungen der Reparationskommission an Holz nachkommen kann. Soll nicht die gesamte deutsche Wirtschaft und Finanzwirtschaft nach mehr verelenden, als dies schon der Fall ist.

Lloyd Georges Anklage gegen die französische Rheinlandpolitik.

Berlin, 9. Dezember.

Die angeklagten Artikel Lloyd Georges über die internationale Politik sind heute zum erstenmal in den großen Blättern der alten und neuen Welt erschienen. Für Deutschland hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, für Frankreich das „Journal“ das Wiederrecht dieser Artikel erweisen. Der erste Artikel trägt die Überschrift: „Der Welt mit Frankreich.“ Das „Journal“ schreibt gestern Abend, wie der Pariser Korrespondent der Telegraphen-Union meldet, einen Vorbericht, in dem es heißt, daß Frankreich das Recht habe, in diesen Artikeln den ganzen heftigen Kampf kennen zu lernen, der sich hier gleich in Berlin in einer fürstlichen Anklageschrift gegen die französische Politik und ihre Weiterentwicklung ankündigt. Der erste Artikel lasse die ganze Heftigkeit dieses Kampfes voraussehen. Lloyd George wendet sich zunächst gegen den französischen Chauvinismus im allgemeinen und Clemenceaus insbesondere, gegen die Tatsache, daß Millionen Deutsche im Rheinlande unter fremden Joche stehen und bezeichnet die Gefahr, daß die fürstlichste Besetzung ins Ungemessene vergrößert wird, für vollständig fehlerhaft. Komme nicht bis zum Ablauf der fünfjährigen Frist in Frankreich ein Kabinett zu stehen, das dem Chauvinismus widersteht, dann sei der Friede der Welt in Frage gestellt. England und Amerika allein könnten die Katastrophe nicht aufhalten. Sobald beschäftigt sich Lloyd George mit der Forderung Clemenceaus, daß England hinsichtlich der Garantie für Frankreich gegen einen deutschen Angriff hin nicht zurückbleibe. Lloyd George habe in Cannes Briand ein schriftliches Angebot gemacht, daß bei dem englischen Angebot, eventuell ohne Amerika allein den Garantiepakt für Frankreich zu übernehmen, mit Beachtung zurückgewiesen worden, weil für Frankreich bei Abschluß dieses Vertrages jede Möglichkeit für die Annexion des linken Rheinufers geschwunden wäre. Lloyd George schließt mit dem ersten Appell an Amerika, daß es rechtzeitig ein solches Interesse an der Entwicklung nehme, die sich am Rhein vollziehe. Besonders hervorzuheben verdient, daß Lloyd George wiederholt Frankreichs Unrecht am Rhein geißelt und daß er sich ebenfalls bemüht, die Gefühle und den heißen Zorn der unterdrückten Rheinländer zu verteidigen.

„Der 30 Prozent“ Und jeder holt nun einen Zettel, einen Schein heraus und rechnet, rechnet, rechnet. Einer, der zuerst fertig geworden ist, wagt es, stolz zu sagen: „Aber, es ist ja gar nicht möglich, damit auszukommen. Es ist doch alles auf das Doppelte, ja das Dreifache und Vierfache gestiegen, auch der Preis unserer Erzeugnisse, und was gibt man nur das?“

Die anderen rufen: „Nur der eine, der die erste Mitteilung brachte, nimmt wieder das Wort: „Ja, die Arbeitgeber verdienen auf jeden Fall mehr geben zu können. Es würde zu wenig gearbeitet und dafür würden schon jetzt viel zu hohe Löhne und Gehälter gezahlt.“

Wieder sagt keiner ein Wort. Doch die Mienen werden verbittert. Der Bild liegt zum Fenster hinaus, wo hochgewaltige Sturzwagen eben davonfahren, voll geladen mit dem, was der Arbeiter, des Angeheultes Fleiß brachte. Und man kann doch die Arbeiterbedürfnisse, kennt die Beiträge der Reichen, weiß doch...

Ein Bild war bisher fast gewesen. Nun kommt der Kollege, müde, sich übermäßig, enttäuscht, sich bei unserem Vorsteher und sagt: „Ich habe mir kein Bild. Schlägt ein Buch auf und liest vor.“ Die keine Frau rückt sich mitten in der Rede geistlich. „Meine Kinder verdienen! Oh mit drei für die Kinder! Du! Du bringst nicht genug Geld!“ Dann hatte sie aufgehört und mit der Faust auf den Tisch geschlagen. Dann war sie wieder in die Reihen zurückgefallen, in einem leisen Wimmern.

„Wieder sagt keiner ein Wort. Doch die Mienen werden verbittert. Der Bild liegt zum Fenster hinaus, wo hochgewaltige Sturzwagen eben davonfahren, voll geladen mit dem, was der Arbeiter, des Angeheultes Fleiß brachte. Und man kann doch die Arbeiterbedürfnisse, kennt die Beiträge der Reichen, weiß doch...“

Der Kollege hatte schon längst aufgehört zu erzählen. Aber noch immer lag er still da. Das Buch liegt noch immer vor ihm aufgeschlagen, doch die Augen irren darüber hinweg. Mit dem ungewohnten Blick höherer Sorgen hatte er Mut und Freude haben zu können? Wir ordern nun ein Bild. Die jeder in der Hand, der den Augenblick und unsere eigenen Sorgen durch die Welt, jenseits des einen etwas zurückgebracht werden. Wie lange noch? Schon in den nächsten Wochen kommen sie wieder. Schrecken, zugegeben, jenseits.

Die Arbeitsleistung sinkt! Überhaupt zu sagen, wie sie gelassen werden sollte.

Durch den Schamenschein ihrer nicht!

Neuwahlen in Deutschösterreich?

Das sogenannte Sanierungswert, der Verkauf der selbständigem Deutschösterreichs gegen 650 Millionen Goldkronen ist im Parlament beschlossen. Die Christlichsozialen und Großdeutschen jubeln und der Bundespräsident Dr. Michael Hainisch hat an den Bundeskanzler Dr. Seipel einen geradezu begeisterten Lobeshymnus geschrieben. Die „Arbeiter-Zeitung“ erblickt in diesem Schritt ein Herausstreiten des Bundespräsidenten an seiner bisher beobachteten Zurückhaltung, ja seine Eingliederung in die Einheitsfront der Bürgerlichen gegen die Sozialdemokraten.

Bezeichnend für die Situation ist auch, daß die Bürgerliche die Zeit gekommen glauben, um in Neuwahlen die Sozialdemokratie niederzurufen. Sie stützen ihre Hoffnungen wohl an den beginnenden Preisabbau, der dem Lohnabbau folgt. Diese ist durch die Herabsetzung des Zinses hervorgerufen; es soll ja auch die Notenpresse stillgelegt sein. Bevor aber Neuwahlen stattfinden können, dürfte der Sanierungs-Abbau ungenügend existenzen vernichtet haben und so könnten sich die Bürgerliche leicht täuschen. Vorläufig hoffen diese Nationalen, daß das Volk gegen die Partei stimmen wird, die die Ehre des Landes, seine Freiheit vertrat und an seine Selbsthilfe durch eingreifende Besteuerung appellierte.

Die bayerischen Unkosten.

Die Reichsregierung wird sich bekanntlich unter dem Druck der außenpolitischen Lage bereit erklären, die von der Entente geforderte 1 Million Goldmark als Sühne für Ingolstadt und Passau zu zahlen. In Anbetracht der Situation ist dagegen nichts einzuwenden. Aber man muß doch die Frage aufwerfen: Welche Garantien gibt Bayern dem Reich, daß in Zukunft ähnliche Vorkommnisse sich nicht mehr ereignen? Diese Frage muß gestellt werden, zumal der bayerische Innenminister anlässlich der erst vor wenigen Wochen im Bayerischen Landtag stattgefundenen Debatte über das Treiben der Nationalsozialisten kein Wort der Kritik, nicht ein Wort der Beurteilung der bisherigen Schandtaten der Hitler-Garde zu finden mußte. Da die Hitler-Garde den Ausgangspunkt aller Schandtaten bilden, die das Ausland und das deutsche Volk bisher vernahmen, ist in Anbetracht der Stellungnahme Schwegers zu den nationalsozialistischen Treibern zu erwarten, daß das Reich auch in Zukunft die Steuern seiner Steuerzahler bereithalten muß, um event. neue Rüstungen finanziell abzumägen. Dem muß jetzt notwendig vorgebeugt werden. Wir müssen wenigstens verlangen, daß endlich die Hundertschaften Hitlers, die einen wesentlichen Teil der früheren Ehrhardt-Brigade in sich schließen, aufgelöst werden, daß die Bildung von Radfahr-Abteilungen und Sanitäts-Abteilungen, überhaupt das Spiel nach militärischem Muster, nicht mehr gestattet wird. Schluß endlich mit den Schieß-Übungen, mit der Organisation von Sturm-Abteilungen und allem, was drum- und dranhängt. Erst, wenn man diesem Treiben ein Ende macht, hat das Reich eine gewisse Garantie dafür, daß Vorkommnisse, wie sie das deutsche Volk jetzt teuer bezahlen muß, sich in Zukunft nicht mehr ereignen.

Ende der Wechselstuben.

Das Ende der unendlichen Wechselstuben, die fast in allen Städten wie Pilze aus der Erde schießen, naht. Die Handelskammer-Beschneidungen, die auf Grund des Devisenhandels-Gesetzes erteilt wurden, verlieren mit dem 13. Dezember ihre Gültigkeit. Dadurch wird allen nicht von Banken und Bankiers betriebenen Wechselstuben die Grundlage ihrer Existenz entzogen. Der Reichswirtschaftsminister hat die obersten Landesbehörden ermächtigt, bis zur endgültigen gesetzlichen Regelung einzelne Wechselstuben ausnahmsweise über den 13. Dezember hinaus zuzulassen, wenn zwingende örtliche Bedürfnisse vorliegen. Entsprechende Anträge der Inhaber von Wechselgeschäften sind an die zuständigen Handelskammern zu richten.

Der Berliner Schauspielerstreik beendet.

Berlin, 9. Dezember.

Der Deutsche Bühnenverein teilt mit: Nach zwölfstündigen Verhandlungen, die gestern unter dem Vorsitz des geschäftsführenden Direktors des Deutschen Bühnenvereins, Rechtsanwalt Arthur Wolf stattfanden, wurde gestern nachts 12 Uhr der Streik zwischen den Berliner Bühnenschauspielern und den Berliner Schauspielern beendet. Der Streik ist offiziell von Sonntag ab beendet, es werden aber bereits Sonntagabend alle Bühnen spielen. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen ist, daß die Schauspieler für November eine Mindestgage von 50 000 Mark (sie hatten 62 400 Mark gefordert) und für Dezember (falls die Teuerung um 100 % steigt), eine Mindestgage von 80 000 Mark erhalten. Außerdem bekommen sie für November eine außerordentliche Zulage von 5000 Mark bzw. 10 000 Mark für Dezember. Das Abkommen ist bis zum 31. März getroffen und dahin geregelt, daß die mittleren und höheren Gagen nach der Indexziffer basieren und auf einem Grundgehalt von 22 000 bzw. 30 000 Mk. Teuerungszulage erhalten. Die Streiktage werden nicht bezahlt. Von jeder Maßregelung muß Abstand genommen werden.

Die Staatsarbeiterlöhne.

Am Montag beginnen im Reichsfinanzministerium neue Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Staatsarbeiter über die Lohnregelung im Monat Dezember. Die Arbeitervertreter werden diesmal besonderen Nachdruck darauf legen, daß die Löhne der Staatsarbeiter mehr wie das bisher der Fall war, den in der Industrie bezahlten Löhnen angeglichen werden, daß nicht nur die Reichsindexziffer, sondern die Industrielöhne bei der Berechnung ausschlaggebend sind. In gewissem Umfang hat man zwar bereits seit 1. Oktober in Orten mit besonders hohen Industrielöhnen durch die Gewährung von Ortssteuerzuschlägen, die die früheren Wirtschaftsbeihilfen ersetzen, einen Ausgleich zwischen den Bezügen der Staats- und Industriearbeiter zu schaffen gesucht. So wie die Verhältnisse jedoch heute liegen, ist eine Angleichung der Löhne der beiden Arbeiterkategorien in ganz anderem Ausmaß dringender geboten.

Nach der Regelung der Löhne sollen am Dienstag die Beamtenbezüge mit den Vertretern der Beamtenorganisationen neu festgesetzt werden, wobei die Dezemberlöhne der Staatsarbeiter die Grundlage bilden.

Urbin
der gute Schuhputz

TERBENTINÖLWÄRE IN DOSEN MIT BANDEROLLEN

Nitti gegen Clemenceau.

Der ehemalige italienische Ministerpräsident Nitti richtet im „Berliner Tageblatt“ einen offenen Brief an Clemenceau anlässlich dessen Propagandareise nach den Vereinigten Staaten. Nitti schreibt u. a.: Ich war immer ein überzeugter Freund des demokratischen Frankreich und schroffer Gegner des deutschen Imperialismus. Wenn ich heute häufig mit den Ideen der französischen Politik in Widerspruch stehe, so geschieht das, weil sie das Programm der Demokratie aufgegeben hat, das ihr traditioneller Ruf, ihre große Stärke war und ihr im Jahre 1914 die Hilfe fast aller Demokratien der Welt vermittelt hatte. Ich selbst habe der französischen Kammer gesagt, daß die Friedensverträge ein Mittel seien, den Krieg fortzusetzen. Vier Jahre nach dem Kriege steht noch ein Okkupationsheer am Rhein unter dem Vorwande, die Bezahlung einer Entschädigung zu garantieren, die niemals bezahlt werden wird. Um die Bezahlung dieser widersinnigen Entschädigung zu erzwingen, steht am Rhein ein Heer von Negern, Braunen und Gelben, das in den letzten Jahren weit mehr gekostet hat, als vor dem Kriege Deutschlands ganzes Heer und seine ganze Flotte. Sie wissen, welche Gewaltakte begangen wurden. Der Vertrag von Versailles hatte nicht den Zweck, das kaiserliche Deutschland zu entwaffnen und Deutschland in ein demokratisches Land zu verwandeln. Sein wahrer Zweck war, die deutsche Nation zu ersticken. Die Welt ist fast aller aus dem Kriege hervorgegangener Kontinentalstaaten ist ruiniert. Amerika muß Europa jeden Kredit verweigern, solange dies seine Rüstungen nicht beschränkt und dem wahren Frieden zutrifft. Wir müssen den Amerikanern sagen, ob 4 Jahre der Erfahrung nicht zu dem Beweise genügen, daß Europa unermesslich dem Abgrund zutauelt. Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien sind die vier fortgeschrittensten Nationen Europas; ihre Uneinigkeit ist der Ruin Europas und der Niedergang der ganzen Welt.

Die Arme der Organisation G.

Der neue Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Schmidt, hat im Scheidemann-Prozess erklärt, daß es ihm leider nicht möglich ist, in der Vernehmung der Angeklagten auch speziell auf die Organisation Consul einzugehen. Diese Erklärung hat ihre guten Gründe! Der Staatsgerichtshof ist im Besitz von Material, von dem zu erwarten ist, daß es doch bald geignen wird, das Morbzentrum der deutschen Reaktion zu ermitteln und das es nicht gestattet, bevor die nähere Prüfung abgeschlossen ist, auf Fragen einzugehen, deren Erörterung die Organisations der Nordbünde warnen könnte. Schäden kann es aber u. E. nicht, gerade anlässlich des bevorstehenden Ehrhardt-Prozesses weiter auf das Treiben der Ehrhardt-Deute in der Vergangenheit hinzuweisen. Dehnschläger hat bekanntlich im Scheidemann-Prozess selbst zugestanden, daß er mit dem Verbindungsmann Ehrhardts, Oberleutnant Schmidt, enge Fühlung hatte und mit ihm gemeinsam Leuten der Ehrhardt-Brigade Stellungen verschaffte. Diese Leute glänzen heute in großer Zahl in der bayrischen Polizei. Das nimmt natürlich kein Wunder, denn der vergangene Münchener Polizeipräsident Boehner war ein eifriger Förderer Ehrhardts. Ehrhardt ist wiederholt von Boehner im Münchener Polizeipräsidium empfangen worden, wo zeitweilig fortgesetzt Besprechungen über den Verkehr mit den erwachsenen Ungarn gepflogen worden ist. Seine enge Verbindung mit den ungarischen Morborganisationen geht aus der vor wenigen Monaten vorgenommenen und veröffentlichten Fahndung hervor. Die Vernehmung Boehners vor dem Staatsgerichtshof nach der Verhaftung Ehrhardts liegt deshalb im allgemeinen öffentlichen Interesse. Wir erwarten, daß der Staatsgerichtshof Herrn Boehner bald zur Vernehmung zitiert wird und mit ihm augenblickliche Angehörige der Münchener Polizei ins Verhör zieht, die früher in der Brigade Ehrhardt tätig waren.

Die einseitige Spritze.

Der Schlüssel des Leipziger Urteils gegen die beiden Scheidemann-Mitglieder wird von den meisten Lesern mit heilerem Kopfschütteln aufgenommen worden sein: „Die zur Tat benutzte Spritze wird eingezogen.“ Mag sein, daß das Strafgesetzbuch den Richtern vorschreibt, daß sie im Urteil über einen Mordanschlag auch über das Schicksal des Mordinstruments verfügen, für den Laien ist die Beschlagnahme eine Selbstverständlichkeit, deren besondere Erwähnung unmittelbar nach den Zuschussstrafen auf ihn etwas lächerlich wirken muß. Dem Ernst der Angelegenheit wird jedenfalls dadurch ebenso wenig gebient, wie der Würde des Gerichtshofes. Wenn es aber schon nicht anders ging, als die Spritze im

Spätlinghof.

Roman von Kurt von der Eider.

35. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
Die Mädchen hatten aufgehört zu spielen. Der Korb mit Wäsche stand mitten auf der Diele, die Mädchen hockten am Waschtisch; sie hatten ihre nackten Arme in die blauen Leinen Küchenschürzen gewickelt und erzählten sich etwas. Tine stand wie angewurzelt.
„Was?“ sagte die Binnerdeern (sie war noch nicht lange im Hause), „umgehen tut es hier? Oha, oha!“
„Ja, aber das geht uns nichts an, das geht bloß den Herrn an und die Frau. Er ist doch ermordet worden, der arme Jan.“
„Um Gotteswillen, ein Mord?“ Wer — der Herr?“
„Still, still. Die Frau war ja seine Braut; sie hat sich was davon in den Kopf gesetzt. Darum ist sie so still.“
„Oha, oha! Ich bleib hier nicht, bei Geiern habe ich mich nicht vertrieben.“
„Sei doch nicht so bösig, Deern, dir tut er ja nichts, er will bloß haben, was sein ist. Das Kind hat er schon nach sich gezogen, dann kommt die Frau daran und dann —“
„Was dann?“
„Die Kühe — wegen der Kühe hat er keine Ruhe im Grabe.“ Die Binnerdeern schüttelte sich vor Grauen. „Oha, oha, o'n Geist! Wie sieht er denn aus?“
„Ganz weiß; seine Augen sind wie zwei durchgeglühte Kohlen. In jeder Vollmondsnacht kommt er durchs Haus geschlichen.“
„Hast du ihn schon gesehen?“
„Freilich — aber ich bin das gewöhnt, auf jedem ordentlichen Bauernhof spukt es. Ich ziehe meine Decke über die Ohren und lag leise das Wasserrohr her.“
Die beiden Mädchen schüttelten sich vor Grauen, sie kicherten und schrien leise auf und getrauten sich nicht ins Haus zurück. Tine schlich mit bebenden Knien fort.
Als die nächste Vollmondsnacht kam, lag sie fast die ganze Nacht mit offenen Augen im Bette und als dann plötzlich ein Zweig gegen das Fenster wackte, und ein leichter Schatten auf ihr Bett fiel, sprang sie laut auf.

Urteil zu erwähnen, so glauben wir, daß es viel zweckmäßiger gewesen wäre und erzieherischer gewirkt hätte, wenn der Staatsgerichtshof folgendes bestimmt hätte:
„Die zur Tat benutzte Spritze wird als Ehrengeschenk dem

Herrn Paul Baecker, Mitglied des Preussischen Landtages und Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, zur dauernden Erinnerung an seinen Artikel „Das Attentat mit der Rüstierspritze“ überlassen.“

Volkswirtschaft.

Das Existenzminimum im November 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Als ich kürzlich vor die Aufgabe gestellt wurde, auf knappstem Raum die Entwicklung der Preise in Deutschland zu zeigen, wählte ich als Ausgangspunkt den „letzten billigen“ Monat, den Dezember 1919. Vielleicht wird man auch ähnlich von dem November 1922 als dem letzten billigen Monat sprechen können. Denn die Erhöhung der Kohlenpreise ab 1. Dezember um reichlich 60 Proz. und die Erhöhung des Brotpreises ab 4. Dezember um annähernd 140 Proz. (die in diesem Ausmaß durch die Steigerung der Produktionskosten von Kohle und Brotgetreide keineswegs gerechtfertigt sind) lassen das Schlimmste befürchten. Blickt man allerdings nach rückwärts, so erscheint der November keineswegs als eine Niederung, sondern vielmehr als ein Chimborasso. Denn in Groß-Berlin waren die Kosten des Existenzminimums im November reichlich doppelt so hoch wie im Oktober, fast 3/4mal so hoch wie im September, etwa 5/6mal so hoch wie im August, reichlich 9mal so hoch wie im Juli, etwa 32mal so hoch wie im November 1921 und über 30mal so hoch wie im November 1920.

Kartoffeln kosteten 7mal so viel wie vor einem Jahre, rationiertes Brot 15mal Joul, Zucker 18mal Joul, Milch 27mal Joul, Reis und Margarine 31mal Joul, Weizenmehl 34mal Joul, Bohnen und Snes 35mal Joul, Weizenroggen 36mal Joul, Bäckfleisch und Gas 37mal Joul, Haferflocken 39mal Joul, Erbsen 41mal Joul, Brot im freien Handel 43mal Joul, Salzeringe 37mal Joul. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete.)

Bezieht man den täglichen Nahrungsbedarf eines Kindes von 6 bis 10 Jahren auf 1600 Kalorien, den einer Frau auf 2400 Kalorien und den eines Mannes auf 3000 Kalorien, und beschränkt man sich bei der Deduktion dieser Bedarfs soweit als tunlich auf die billigsten Nahrungsmittel, so stellt sich der wöchentliche Mindestbedarf für ein Kind von 6 bis 10 Jahren auf 742 Mark, für eine Frau auf 1603 Mark, für einen Mann auf 2647 Mark. (Die gleichen Nahrungsmengen kosteten im November 1921 für ein Kind 142 Mark, für eine Frau 293 Mark, für einen Mann 388 Mark. Tatsächlich war aber das Existenzminimum vor neun Jahren billiger, weil z. B. billiger Zucker und billigeres Fleisch damals in unbeschränkter Menge zur Verfügung standen. Im Einklang mit der Verbilligung für die Warenpreise werden hier für die Preissteigerung angelegt: Kind 1,75 Mark, Frau 2,80 Mark, Mann 3,50 Mark.)

	Preis Nov'r. 1922	Preis Nov'r. 1913
	Mark	Bfg.
1000 Gramm Brot (rationiert)	107,95	46
250 Gramm Roggenmehl	85,00	7
250 Gramm Weizen	87,50	10
2000 Gramm Kartoffeln	46,20	15
1000 Gramm Gemüße	25,50	10
125 Gramm Margarine	207,50	20
250 Gramm Zucker	48,00	11
1 Liter Milch	134,25	23
Zusammen für ein 6—10jähr. Kind	741,80	141
500 Gramm Brot (freier Handel)	148,15	12
250 Gramm Weizenmehl	92,50	13
1000 Gramm Kartoffeln	15,40	5
2000 Gramm Gemüße	51,00	20
250 Gramm Bäckfleisch	290,00	56
125 Gramm Snes	268,25	25
125 Gramm Margarine	207,50	20
Zusammen für eine Frau	1802,60	293
500 Gramm Reis	200,00	22
250 Gramm Weizenbohnen	85,00	10
125 Gramm Snes	268,25	25
250 Gramm Salzeringe	88,00	15
125 Gramm Margarine	207,50	20
Zusammen für einen Mann	2647,35	388

Rechnet man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche für Heizung 1 Zentner Weizenmehl und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas, so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 72 Mark (1913/14: 5,30 Mark), für Heizung 728,15 Mark (1,15 Mark), für Beleuchtung 351 Mark (0,75 Mark).
Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleidern und Wäsche, sind mindestens anzulegen: Mann 2207 Mark (2,50 Mark), Frau 1471 Mark (1,65 Mark), Kind 736 Mark (0,85 Mark).

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche-

reinigung, Jahrgeld, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 33 Prozent (1913/14: 25 Prozent) machen müssen.
Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich somit für Groß-Berlin:

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mark	Mark	Mark
Ernährung	2647	4450	5934
Wohnung	72	72	72
Heizung und Beleuchtung	1079	1079	1079
Bekleidung	2207	3678	5149
Sonstiges	1932	3062	4097
November 1922	7837	12341	16271
Oktober 1922	3686	5696	7508
September 1922	2319	3552	4714
August 1922	1308	2203	2958
Juli 1922	829	1298	1763
November 1921	214	378	509
November 1920	158	228	316
Aug. 1913/Juli 1914	16,75	22,30	28,80

(Für die einzelnen Monate der Jahre 1920—1922 vergleiche mein Buch „Verbraucher und Politik“, Berlin 1922.)

Auf den Arbeitslohn umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestlohn im November 1922 für einen alleinstehenden Mann 1331 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 2057 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 2712 Mark. Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für den alleinstehenden Mann 416 650 Mark, für das kinderlose Ehepaar 658 800 Mark, für das Ehepaar mit zwei Kindern 848 800 Mark.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zum November 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin geblieben: für den alleinstehenden Mann von 16 75 auf 7987 Mark, d. h. auf das 476,5fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 12 341 Mark, d. h. auf das 553,4fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 16 271 Mark, d. h. auf das 565,0fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im November etwa 1/3 wert.

Infolge der ungeheuren Preissteigerung im Laufe des Vorjahres sind die Kosten des Existenzminimums in der zweiten Novemberhälfte besonders hoch; sie waren fast 11/2mal so hoch wie in der ersten Novemberhälfte, reichlich doppelt so hoch wie in der zweiten Oktoberhälfte, reichlich dreimal so hoch wie in der ersten Oktoberhälfte und etwa 3mal so hoch wie im November 1921.

Rationiertes Brot kostete 250mal Joul wie vor neun Jahren, Kartoffeln 300mal Joul, Zucker 18mal Joul, Milch 27mal Joul, Reis und Margarine 31mal Joul, Weizenmehl 34mal Joul, Bohnen 35mal Joul, Weizenroggen 36mal Joul, Bäckfleisch und Gas 37mal Joul, Haferflocken 39mal Joul, Erbsen 41mal Joul, Brot im freien Handel 43mal Joul, Salzeringe 37mal Joul. (Wesentlich schwächer als für diese Lebensmittel war die Steigerung für Miete.)

	Mann	Ehepaar	Ehepaar mit 2 Kindern
	Mark	Mark	Mark
Ernährung	2647	4450	5934
Wohnung	72	72	72
Heizung u. Beleuchtung	1079	1079	1079
Bekleidung	2207	3678	5149
Sonstiges	1932	3062	4097
2. Novemberhälfte 1922	9400	14692	19893
1. Novemberhälfte 1922	6184	10960	13288
2. Oktoberhälfte 1922	4369	6754	8871
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4931	6193

Auf das Jahr umgerechnet, beträgt das Existenzminimum für einen alleinstehenden Mann 495 050 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 762 750 Mark, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6 bis 10 Jahren 1 007 000 Mark.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur zweiten Novemberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin geblieben: für den alleinstehenden Mann auf das 568fache, für ein kinderloses Ehepaar auf das 655,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern auf das 670fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark in der zweiten Novemberhälfte etwa ein Sechstel wert.



die beste Milch-Schokolade

0400

Jan mochte wohl glauben, daß Tine schwer träume. Er erwachte, horchte einen Augenblick auf und schlief dann ruhig weiter.

Am anderen Morgen ging sie im Hause umher wie eine wandelnde Leiche.

Tine wurde krank. Eine Rippenentzündung warf sie aufs Krankenlager. Da ihr Organismus schon lange unter Unruhe und Unpersönlichkeit gelitten hatte, griff die Krankheit sie mit doppelter Gewalt an. Sie hatte hohes Fieber und stechende Schmerzen in der Seite.

„Ich muß sterben.“ dachte sie. „Ich halt mich nach sich. Ja, ach Gott! — Lok Gewissheit muß ich haben, ob Jan schuld ist an Tine's Tode. Sonst kann ich nicht ruhig sterben, sonst habe ich auch keine Ruhe im Grabe und muß hier nach meinem Tode umgehen.“

Ihre Wangen glühten im Fieber, sie zitterte vor Todesgrauen.

„Ich muß sterben.“ wiederholte sie, „und das ist gut. Ich würde sonst nach ein Kind bekommen, ein liebes, kleines Wesen.“ Tränen traten in Tine's Augen. „Es würde wieder denselben Weg gehen. Nein, es ist besser, es kommt mit mir ins Grab, ehe es geboren wird.“

Als Jan abends an das Bett trat, war das Fieber geblieben. Der Arzt hatte Rufen auf den Rücken verordnet, die ihr große Schmerzen bereiteten. Ihre Gedanken drehten sich unablässig um das eine: „Ich muß sterben.“

Mit glühenden Augen sah sie Jan an, mit Augen, die ihn zu durchbohren schienen, die auf dem Grund seiner Seele lesen wollten. Wie sie so da lag in den rothbaumwollenen Kissen, mit heißen Wangen und fieberglänzenden Augen, sah sie unheimlich schön aus.

Sie richtete sich ein wenig auf, ihre Blicke irrten umher. „Jan, sind wir allein?“

„Jan nickte und trat näher ans Bett.“

„Jan“, flüsterte die Kranke mit heiserer Stimme, „ich muß sterben.“

„Nein, nicht doch.“ beruhigte er sie. Und doch erschraf er selbst bis ins Innerste. Wie, wenn sie jetzt stirbt, jetzt, da er angefangen hatte, sie zu lieben, jetzt, da Tine's Bild in seinem Herzen zu erblühen begann? Nein, sie durfte nicht sterben; sie war zu jung, zu schön — sie war ihm lieb geworden.

Tine's brennende Augen bohrten sich in die seinigen.

„Ich muß sterben.“ fuhr sie fort. „Er halt mich nach sich. Aber vorher muß ich dich noch ein wenig trauen, was mir keine Ruhe gelassen hat all die Jahre hindurch. Ich sterbe ja doch — ich sage es ja keiner Menschenseele. Nicht wahr, du sagst mir die Wahrheit, daß ich ruhig sterben kann?“

„Was denn, Kind?“ Jan stand fast das Herz still. Sollte er jetzt den Schlüssel erhalten zu ihrem seltsamen Wesen? Sollte endlich greifbar werden, was jahrelang wie ein dunkler Schatten zwischen ihnen gestanden hatte? Das war gut; einen Feind, den er kannte, würde er bekämpfen können.

„Du mußt noch näher herkommen!“ hat Tine.

Er neigte sich über sie, so dicht, daß Tine seinen Atem spürte, daß sie jede Miene seines Gesichtes sehen konnte.

„Ja.“ lächelte sie jetzt in fast feierlichem Tone von ihren Lippen. „Aber mir, worin ist Jan gestorben? Hast du ihm Gift eingegeben?“

„Starr, unerschrocken vor Entsetzen fuhr der Mann in die Höhe, doch die Kranke sprach weiter, dringend, flehend: „Sage mir ein Wort, Jane ja — ja, es, damit ich Ruhe im Grabe habe.“

„Nein.“ lächelte sie laut und hort von seinen Lippen. So laut, wie die stille Stube noch keinen Ton gehört hatte. Dieses Nein hörten die Mädchen in der Küche und der Knecht im Stalle.

Zitternd richtete sich Tine auf. Ihre Augen hingen an dem Manne, der flammend vor Empörung an ihrem Bette stand.

Wie schön, wie groß, wie stark er war. War das Jan Thomsen? War es nicht Jan?

„Jan sah sie finster an. Sprach sie in Fieberphantasien? War sie verrückt geworden?“ Nein, sie wußte ganz genau, was sie sagte, es war alles überleert.

„Kannst du es beschwören.“ fragte die zitternde Stimme; in ängstlicher Spannung blickte sie ihm an seinen Lippen.

Den Mann ersuchte ein Jörn, wie er ihn vorher und nachher im Leben nicht entzunden hatte; aber er versagte nicht, daß er eine Kranke, vielmehr eine Sterbende vor sich hatte. Er richtete sich hoch auf. Frei und stolz sah er ihr ins Auge. Er hob die Hand und sprach mit lauter Stimme: „Ich schwöre bei dem allmächtigen Gott, bei meiner Seele Seligkeit, ich bin kein Mörder. Ich habe nicht einmal den Gedanken gehabt, Jan umzubringen.“

Fortsetzung folgt.

Kolle Breite
für
Gold, Silber, Platin, Double
(Bruch und Gegenstände)
Brillanten
zahlr. (10415)
Goldschmied
Carl Michaelson
Mühlenstraße 3
(am St. Annenberg)

Gelenk-Rain, Ziegen- u. alle andern Felle, Pferde-, Rindfleisch-Haare
auf zu haben
in
J. S. Witzburg
Bahnhofsstr. 22a.

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahrradanhänger
Buchhandlung
Lübecker Volksbude.

Kaufhaus

das große Kaufhaus mit den schönsten Weihnachtsgeschenken in 50 Abteilungen

Sonder-Angebot unserer Putz-Abteilung

Formen für Damen u. Kinder in vielen Farben
375.- 675.- 975.-

Garnierte Damen-Hüte aus Filz und Tricofin
675.- 975.- 1875.-

Kinder-Hüte u. Mützen hell- und dunkelfarbig
375.- 675.- 975.-

Damen-Leder-Hüte in den neuesten Formen und Farben von **4900.-** an

Damen-Pelz-Hüte in grosser Auswahl preiswert.

Ausgelegt auf Extra-Tischen und mit Preisen versehen.

Kolosseum
Morgen: 10549
Großer Ball
Ballmusik: Kapellmeister Sultant.
Saalöffnung 5 Uhr.

Schweinegilbe St. Bertini
Sonntag, den 10. Dezember:
Großer Ball
in
Konzerthaus Lübeck

Konzert- u. Ballhaus „Flora“
Morgen Sonntag kein Ball. (10472)

Luisenlust. Morgen Sonntag Tanzkränzchen. Eintritt u. Tanz frei.

Adlershorst Morgen Sonntag **Gr. Ball**

Café Astoria
Holstenstraße 26 10990
Täglich Künstler-Konzerte
Ausgezeichnete Getränke u. Konditorwaren

Café „Vaterland“ **Erster Zifferbuden**
Täglich Konzert der (10896) **Samburger Künstler-Vereinigung.** Jeden Sonntag: **Konzert mit Tanzeinlagen**
Direktion: Adolf Martens

BIOPHON

Der pikante Pariser Sittenfilm: **Zum Paradies der Damen.**

Hagenbecks grandiger Kunstfilm: **Die weiße Wüste.** 6 atemberaubende Akte.

Herren- und Knaben-Kleidung

Nützliche Weihnachtsgeschenke!

Reiche Auswahl in allen Abteilungen.
Feinste Ausstattung!
Neueste Formen!
Größte Preiswürdigkeit infolge rechtzeitiger Abschlüsse.

Paletots — Schlüpfer — Uister — Raglans
Sportpelze — Gehpelze — Pelzjoppen
Leder- u. Auto-Kleidung — Regenmäntel
Loden- und Manchester-Kleidung
Jackett-Anzüge — Sport-Anzüge — Hosen
Röcke u. Westen — Smoking u. Frack-Anzüge

Grosse Auswahl in Knaben-Kleidung.
Hüte — Mützen — Wäsche — Unterzeuge — Schlipse — Handschuhe.

Spille & v. Lüthmann

Lübeck-Cutin.

Größtes Spezialhaus am Platze.

Cutin-Lübeck.

Sozialdemokr. Verein Lübeck.
Silbeter-Komitee
Montag, den 11. Dezbr. abends 7 Uhr. (10479)

Fledermaus
Außerdem nachm. 4 Uhr 10410

Notgemeinschaft f. Bekleidungen zu Lübeck.
Das Geschäftslokal Gudenstraße 49/51 ist eröffnet.
Beitrittserklärungen werden hier und bei den Bezirksvorständen und Mengstraße 28 (Arbeitsgenossenschaft) entgegen genommen.
Schönböden. Verj. am Sonntag, d. 10. 12., nachm. 4 Uhr. (10458)

Sindenhof
Israelsdorf.
Morgen Sonntag: **Vornehme Ballmusik.**
Anfang 4 Uhr nachm. Zu den Beranden freier Zutritt.
Tel. 1910. (10395)
Victor Klempau.

D. T. V.
Festkomitee
am Montag, 11. Dezbr. abends 7 Uhr im Bureau. (10458)

Schaus-Theater.
Heute Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Das Ereignis v. Lübeck!

Weislinger Baum.
Direkte Endf. Linie 9. Morgen, Sonntag, Anfang 4 Uhr:
Vornehmes Tanzkränzchen unter Mitwirkung des bekannten **Siedersängers Adolf Friedrichs,** sowie heitere **Künstler-Vorträge.**
Moderne Tänze.
Künstlerkapelle. (Kapellmeister Stadt). Prima Kaffee und Kuchen. Angenehmer Familienaufenthalt. Für Nichttänzer freier Eintritt. (10473) **Zud. Jäde.**

Familie Raffke.
Mit Reinhold Wolf und Trude Sora als Ehepaar Raffke.
Sonntag, den 10. Dez. nachm. 3 Uhr.
1. Fremden- und volkst. Vorstellung (10436)
Die Bajadere.
Abends 7 1/2 Uhr:
Familie Raffke.

Stadtheater Lübeck
Sonnab. 7 Uhr: Volksbühne: **Lohengrin.**
Sonntag 10 Uhr: Verj. f. d. Arbeitsgem. d. Lände: **Reinhold's Einzelkarten a. d. Kaffe 8 Uhr Volksbühne: Der Waffant, hierauf Die Medaille.** (10441)
7.30: **Der Troubadour.**
Montag 7.30: **10. Volksst. Konzert.**
Dienstag 7.30, 9. B.: **Reinhold's.**
Nachzahlung für die 2. Hälfte des Abonnements nachm. a. d. Theaterkasse von 3-6 Uhr.

Einsiegel Großer Ball
Jeden Sonntag: (10446)
Friedrich Franz-Halle.
Jeden Sonntag: **Tanz.** Eintritt frei. (10492)

Gold- Silber- Brillanten kauft zu anerkannt höchsten Preisen
Uhren, Zahngebisse
Westfahling, Holstenstraße 52. Eigene Schmelze. (10494)

Brennmann's Edelmetall-Ankaufsstelle

Lübeck 3 Rostock
Kupferstr. 11. Fernsprecher 9288.
Eigene Metallschmelze.
Höchste Preise für

Gold, Silber, Platin, Gebisse, Zähne

und Dublet bekommen Sie bei uns. Wir liefern täglich den Bedarf, der wir auf dem Gebiete des Edelmetallhandels erstklassig sind. Bevor ein jeder seine Wertobjekte veräußern will, überzeugen er sich erst bei uns. (10445)



„Ast“ Karamellen

in Qualität unübertroffen!
einzig in ihrer Wirkung bei Husten, Heiserkeit, Halsentzündung, Verschleimung und üblem Mundgeruch. Seit dem Jahre 1913 millionenfach bewährt! Zu haben in den einschlägigen, durch Plakat kenntlich gemachten Geschäften. (10435)
H. J. Steffens, Hamburg 1.

Ich bringe zum Weihnachtsfeste zu sehr billigen Preisen die **größte Auswahl** in

Strickjacken Jumper Wallgarnituren

Gummimäntel, Lodenmäntel, Sportanzüge

Damen- und Herrenstiefel

*** Wintersport-Ausrüstungen ***
Rodelschlitten + Skis + Schlittschuhe

Gassmann Sporthaus
Breite Str. 83.
Telephon 2171. (10491)

